

Sahnsteiner Tageblatt

Kreisblatt für den

Einziges amtliches Verändigungs-

Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen

blatt sämtlicher Behörden des Kreises.

Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Erscheint täglich
montags. — Anzeigenpreis
die einspaltige kleine Zeile
20 Pfg., auswärtige An-
zeigen 25 Pfg.

Nr. 120.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Dr. Schödel
(Hr. Friz Roth Oberlehrer).

Dienstag, den 10. Juni 1919.

Verantwortlich:
Schriftleiter Friz Roth, Oberlehrer.

57. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

Der all. Kreisverwalter.

Die Abschnitte genannt „Gefangenescheine“ sind vom 1. Juli 1919 ab nicht mehr gültig (gemäß Minist.-Erlaß vom 18. 3. 19). Die Reichsbank wird sie umzuwechseln (Reichsbankstelle Wiesbaden).

Die Inhaber der Abschnitte erhalten von der Bank eine vorläufige Quittung. Die sie dann gegen deutsches Geld einzuwechseln, wenn die Bank den Gegenwert von Frankfurt erhalten hat.

Zu veröffentlichen.

St. Goarshausen, den 30. Mai 1919.
gez. R o t h.

Wird veröffentlicht. Die Umwechslung der sogenannten Gefangenescheine erfolgt nur durch die Reichsbankstelle in Wiesbaden.

St. Goarshausen, den 3. Juni 1919.

Der Landrat: J. B. J a u n.

Abchrift.

Allgemeine Verfügung Nr. III/60 für 1919, Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Aus zahlreichen Eingaben der letzten Zeit habe ich ersehen, daß die Abgabe von Brennholz für den Ortsbedarf, insbesondere die Versorgung der minderbemittelten Teile der Bevölkerung vielfach noch nicht in einer meinen Wünschen entsprechenden Weise gehandhabt wird. Ich nehme daher Veranlassung, die Regierung erneut nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß ich es als eine wichtige Aufgabe der Staatsforstverwaltung betrachte, für die Dauer der Kohlennot mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durch Abgabe von Brennholz zu mäßigen Preisen an einer Behebung der Brennstoffnot mitzuwirken.

Die zahlreichen Verfügungen die hierfür ergangen sind, geben der Regierung und den Oberförstern genügende Richtlinien, meine Wünsche zu erfüllen und ich erwarte bestimmt, daß Anträge auf Abgabe von Brennholz wohlwollend geprüft und im Sinne dieser Verfügungen ohne Verzögerung erledigt werden.

Für die Oberförster ist insbesondere der Erlaß vom 3. Februar 1916 — III. 928 allgemeine Verfügung Nr. III 71916 — maßgebend.

Bei der Versorgung der minderbemittelten Bewohner der den Oberförstereien benachbarten Ortschaften hat, soweit irgend möglich, die Abgabe durch Vermittlung der Gemeindevertretung zu erfolgen, sonst ist von dem Verkauf mit beschränktem Vielerkreis und beschränkter Abgabe an die einzelnen Bieter (letzter Absatz des genannten Erlasses) in weitestgehendem Maße Gebrauch zu machen und dabei mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß unter Berücksichtigung des verfügbaren Brennholzvorrats alle holzbedürftigen Haushaltungen anteilig bedacht werden. Um Ungerechtigkeiten nach Möglichkeit auszuschließen, ist es erforderlich, daß die Oberförster unter Hinzuziehung der Betriebsbevollmächtigten über die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bewohner der Nachbarschaft unterrichten um ungerechtfertigten Anforderungen, insbesondere bei den öffentlichen Verkäufen entgegenzutreten.

Auf meine Heranziehung der örtlichen Brennholzkäufer zur Selbstbewerbung ist nachdrücklich hinzuwirken.

Bei Anträgen, die namentlich von größeren Gemeinden an die Regierungen herantreten, sind im wesentlichen die Anordnungen des Erlasses vom 30. August 1917 — III. 647 — Allgemeine Verfügung Nr. III/101 für 1917 in Verbindung mit dem Erlaß vom 7. Mai 1918 — III. 2718 — Allgemeine Verfügung Nr. III/67 für 1918 zu beachten.

Bei Befolgung dieser Verfügungen muß es möglich sein, den billigen Wünschen der Bevölkerung in den Grenzen der Leistungsfähigkeit der Staatsforsten gerecht zu werden.

Ich spreche die bestimmte Erwartung aus, daß es in Zukunft gelingen wird, die Voraussetzungen zu zahlreichen Beschwerden und Eingaben hinsichtlich der Brennholzabgabe zu beseitigen.

Abchrift zur Kenntnis mit dem Ersuchen, Ihren Einfluß auf die Besitz von Gemeinde-, Anstalts- und Privatforsten dahin geltend zu machen, daß auch dort der Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz ständig besonderes Interesse entgegengebracht wird. Ich kann mich dem Eindruck nicht verschließen, daß auch der Privatwaldbesitz durch Beachtung mehrerer für die Staatsforsten gegebenen Anordnungen noch mehr als bisher zur Behebung der Brennholznot beitragen könnte.

Berlin W. 9, den 30. April 1919.

Reizigerplatz 10.

gez. Unterschrift.

An die Herren Bürgermeister des Kreises im besetzten Gebiet.

Abchrift zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung namentlich insofern eine Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Brennholz in Frage kommt.

St. Goarshausen, den 31. Mai 1919.

Der Landrat: J. B. J a u n.

Nach einer Mitteilung des Reichshauptministeriums, Reichsverwertungsamt — Abteilung für Chemikalien — hier selbst N. W. 7, Friedrichstraße 100, können aus Beständen der Militärverwaltung 7000 Kg. Formaldehydum solutum in Ballons mit doppelten Böden zu je 60 Kg. verpackt und 20000 Kg. reine kristallisierte Karbolsäure in Fässern zu 250 bis 600 Kg. Inhalt abgegeben werden.

Der Preis für Formaldehydum solutum beträgt für 1 Kg. 1,80 Mark, der von reiner Karbolsäure für 1 Kg. 2 Mark, beides ausschließlich Verpackung.

Ich ersuche ergebenst, die Kommunalverwaltungen des Bezirks auf die Möglichkeit des Bezugs dieses Desinfektionsmittel gefälligst sogleich hinzuweisen. Die Bestellungen würden unmittelbar an das Reichsverwertungsamt, Abteilung für Chemikalien in Berlin N. W. 7, Friedrichstraße 100, zu richten sein.

Berlin, den 3. Mai 1919.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: G o t t s c h e i n.

Wird den Ortspolizeibehörden des Kreises zur Kenntnisnahme mitgeteilt.

St. Goarshausen, den 3. Juni 1919.

Der Landrat: J. B. J a u n.

Abchrift.

Infolge einer Anfrage bezüglich der Polizei-Verordnung betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 12. April 1919 bestimme ich, daß die Ortspolizeibehörden auch bei den im § 1 neu aufgeführten Krankheiten die Schulen ebenso zu benachrichtigen haben, wie es bei den Krankheiten vorgeschrieben ist, die in der Anweisung zur Verhütung übertragbarer Krankheiten durch die Schulen vom 9. Juli 1907 genannt sind.

Bezüglich der Anordnung der Schutzmaßnahmen, insbesondere der Desinfektion bei den im § 1 neu aufgeführten Krankheiten ist von Fall zu Fall zu entscheiden.

Wiesbaden, den 10. Mai 1919.

Der Regierungspräsident.

J. B.: gez. Springorum.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Wird zur Kenntnisnahme und Beachtung mitgeteilt.

St. Goarshausen, den 3. Juni 1919.

Der Landrat: J. B. J a u n.

Dem Adolf Aronthal zu Nastätten und dem Anton Aronthal zu Nastätten ist nach Mitteilung des Viehhandelsverbandes Frankfurt a. M. ersterem die Ausweiskarte und letzterem die Nebentarte zum Handel mit Vieh, auf die Dauer von 3 Monaten entzogen worden.

St. Goarshausen, den 6. Juni 1919.

Der Landrat: J. B. J a u n.

Bei je einem Pferde des Handelsmanns Nathan Adersmann zu Weyer, Justizrat Lohse Jagdhaus bei Braubach, Landwirte und Fuhrunternehmer Georg und Karl Hammes zu Braubach wurde die Pferdeurkunde festgestellt.

Die erforderlichen Schutzmaßnahmen sind angeordnet.

St. Goarshausen, den 6. Juni 1919.

Der Landrat: J. B. N i e m e h n e r.

Beginn des robotischen Teiles.

Politische Nachrichten.

Die Friedensverhandlungen.

Verailles, 8. Juni. Der Vertreter des Beretns deutscher Zeitungsverleger fragte Graf Rangau, welche Ansicht er über die von einer Minderheit an Straßenecken proklamierte Rheinrepublik habe. Er erwiderte:

Die gegenwärtige deutsche Regierung beruht auf dem Prinzip der Selbstbestimmung des Volkes; sie sei auf Grund des freiesten Wahlrechts ins Amt gekommen und jetzt beschäftigt, Deutschland die freieste Verfassung der Welt zu geben. Im Rahmen dieser Verfassung werde für die Umgruppierung der deutschen Teilgebiete nach dem unzweifelhaften Willen ihrer Bevölkerung Raum sein. Trennungskaktionen, die außerhalb der Verfassung, ohne die Möglichkeit einer Korrektur durch die öffentliche Meinung Gesamtdeutschlands durch einzelne mißgeleitete Patrioten oder durch Streber und Schieber unternommen werden, halte ich für gefährlich, wenn nicht für hochverräterisch.

Haag, 8. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Den Deutschen, die am nächsten Freitag Antwort auf ihre Gegenanschläge erhalten, wird eine Frist von 14 Tagen gegeben werden, innerhalb deren sie antworten müssen. Graf Brodhorff-Rangau wird mit seiner Abordnung nach Berlin reisen und von dort bekanntgeben, ob seine Regierung den Vertrag unterschreibt oder nicht.

Verailles, 8. Juni. Die Liberte will wissen, daß nur hinsichtlich der Grenzberichtigung, durch die die in der Mehrheit von Deutschen bevölkerten Dörfer aus strategischen Gründen zu Polen geschlagen werden, Deutschland ein Zugeständnis gemacht werde. Das Journal des Debats stellt fest, daß der Vorschlag Deutschlands wegen Oberschlesien den Vierzerrat leider wankend mache. Der jetzt von ihm gefasste Entschluß sei leider sehr verwickelt und gestatte keine angemessene Lösung der Frage. Wenn der Vierzerrat nachgebe, so bestehe Gefahr, daß das ganze Friedenswerk in Frage gestellt werde.

Paris, 8. Juni. In einem Bericht über die diplomatische Lage heißt es, daß die vier Regierungsführer am Freitag die Adriafrage auf Grund des von der italienischen Delegation anerkannten Vorschlags besprochen haben, zunächst wegen der Zuteilung einiger Städte. Die Lösung der Finmer Frage wird als bevorstehend angesehen. Am Nachmittag wurde die Prüfung der deutschen Gegenanschläge fortgesetzt; besonders wurde über Oberschlesien beraten und einige Grenzberichtigungen besprochen, die mit der Einwilligung der Polen vorgenommen werden sollen. Gegen die Volksabstimmungen infolge der starken Eindeutschung der Gegend, Bedenken erhoben. Der Sonderausschuß befaßte sich mit der Frage. Ein Vortrag Paderewskis erzielte starke Wirkung. In der Entschädigungsfrage sollen die Arbeiten bald beendet sein, mit dem Ergebnis, daß es unmöglich sei, schon jetzt die hohe Entschädigung festzusetzen.

Amsterdam, 10. Juni. In einem „Bessere Nachrichten“ überschriebenen Artikel begrüßt „Daily News“ vom 6. Juni mit Genugtuung die Nachricht, daß die ursprünglichen Friedensbedingungen abgeändert werden sollen, namentlich, daß Deutschland das Mandat und die Verwaltung Deutsch-Südwestafrikas unter dem Völkerbund erhalten soll.

Verhandlungsmöglichkeiten?

Berlin, 8. Juni. Die vom Ministerpräsident einberufene Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung dauerte von 11 bis 3 Uhr. Anwesend waren die 28 Mitglieder, drei Präsidenten und die Regierungsveterer. Die Verhandlungen waren streng vertraulich, indes kann so viel mitgeteilt werden, daß die Aussichten auf Verhandlungen in Versailles besprochen und daß man immerhin die Möglichkeit hierzu durchaus als gegeben erachtet. Man wurde sich darüber schlüssig, daß die Nationalversammlung vorläufig im gegebenen Zeitpunkt (Präsident Fehrenbach hat ja bereits die Abgeordneten zur Bereitschaft für Donnerstag aufgefordert) in Weimar tagen soll. Ob die endgültige Beschlussfassung der Versammlung in Weimar oder Weimar stattfinden soll, steht noch dahin. Vorläufig wird der Nationalversammlung zur Erledigung die Verfassungsvorlage in zweiter oder dritter Lesung vorliegen. Möglicherweise wird die Sitzung erst am Freitag stattfinden, je nachdem der Verfassungsausschuß mit seinen Arbeiten fertig wird. Vorläufig dürften sich die Beratungen nicht mit der Angelegenheit des Friedensschlusses beschäftigen, ehe die Stellungnahme des Verbandes offiziell bekannt ist. Diese wird frühestens Ende dieser Woche erwartet.

Amsterdam, 9. Juni. Der Manchester Guardian meldet aus Paris, von verantwortlichen amerikanischen Kreisen werde über die Meldung der Chicago Tribune, wonach Präsident Wilson sich energisch gegen jede Milderung der Friedensbedingungen mit Deutschland sträuben soll, nur gelächelt. Diese Meldung müsse daher mit Vorsicht behandelt werden. Es würden im Gegenteil wesentliche Änderungen erzwungen.

Unstimmigkeiten?

Verailles, 9. Juni. Selbst von Versailles aus fragte man: Was geht in Paris vor! Vor allen Dingen kann man feststellen, daß in Bezug auf die Antwort, die Deutschland auf seine Gegenanschläge erteilt werden soll, noch nicht entschieden ist, und daß die Entscheidung offenbar den Vertretern der Großmächte des Verbandes nicht gangbar ist.

Die Friedensverhandlungen mit Oesterreich.

Wien, 8. Juni. Wie die Wiener Allgemeine Zeitung erfährt, hat eine Sitzung der Vereinigung Wiener Banken stattgefunden, in der einmütig die Auffassung ausgedrückt wurde, daß, wenn der den Friedensdelegierten überreichte Friedensvertrag ratifiziert würde, der Staats- und Volksbankrott in Oesterreich unvermeidlich sei.

Wien, 8. Juni. Wie die Reichspost erfährt, wandte sich der Fürstbischof Bissl (Wien) namens des deutsch-österreichischen Episkopats in einer Eingabe an den Papst, worin er dessen Eingreifen gegen den Friedensentwurf von St. Germain anruft.

England in der Ostsee.

Stockholm, 8. Juni. Das Finnische Büro meldet, England habe mit der estnischen Regierung ein Abkommen getroffen, wonach die Insel Oesel zur Sicherung der Ostland geleisteten finanziellen Unterstützung von England besetzt wird. Außerdem sollen 50 englische Schiffseinheiten in Hangö, Helsingfors, und Reval stationiert werden. In dem von der russischen Nordarmee besetzten Gebiet werden Rubelzettel mit dem englischen Kontrollstempel ausgegeben.

Bundesstaatliche Entwicklung in England?

London, 8. Juni. Das Unterhaus hat mit 187 gegen 34 Stimmen eine Entschließung zugunsten sofortiger Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Erwägung eines Planes bundesstaatlicher Entwicklung angenommen, nach welchem innerhalb des Rahmens des Vereinigten Königreiches untergeordnete gesetzgebende Körperschaften für England, Schottland, Wales und Irland geschaffen werden würden.

Die deutschen Kriegsgefangenen.

München, 9. Juni. Die Münchener-Augsburger Abendzeitung gibt ein Privattelegramm wieder, wonach Clemenceau den französischen Arbeiterführern erklärt habe, daß die deutschen Kriegsgefangenen sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages heimbeordert werden.

Den Gefallenen am Stageraal.

Berlin, 8. Juni. Auf dem Ehrenfriedhof in Wilhelmshaven-Müstringen fand am 1. Juni zur Erinnerung an die in der Seeschlacht vor dem Stageraal Gefallenen eine außerordentlich eindrucksvolle Feier statt.

Die Vorgänge am Rhein.

Wiesbaden, 8. Juni. Veranlaßt durch die Wiesbadener Vorgänge haben sich hier und in Mainz die beiden sozialistischen Parteien wieder genähert, und es sind ernsthafte Einigungsverhandlungen in Aussicht.

Aus der Rheinpfalz, 9. Juni. Die Männer der neuen heffischen Republik erklären in ihren Aufrufen, daß die Pfalz sich ihnen angeschlossen habe und daß in der Pfalz ein Arbeitsausschuß bestehe, den sie auch unter ihren Aufrufen seien. Beide Behauptungen stehen in vollem Widerspruch mit den Tatsachen. Keine Partei der Pfalz, am wenigsten die Bayerische Volkspartei, hat sich für die heffische Republik erklärt.

Die Pfalz sich ihnen angeschlossen habe und daß in der Pfalz ein Arbeitsausschuß bestehe, den sie auch unter ihren Aufrufen seien. Beide Behauptungen stehen in vollem Widerspruch mit den Tatsachen. Keine Partei der Pfalz, am wenigsten die Bayerische Volkspartei, hat sich für die heffische Republik erklärt.

Verschiedene politische Nachrichten.

Düsseldorf, 7. Juni. Der Grund für die wiederum erfolgte Verhängung des Belagerungszustandes in Düsseldorf ist die dauernde Unsicherheit in der Stadt, die in der letzten Woche in verschiedenen Abstufungen, Gefangenenerlöschung, Bedrohung und Festnahme von Stadtverordneten im Rathaus ihren Ausdruck fand. Die Polizei hat nach Ansicht der Militärbehörde bei diesen Ereignissen verjagt. Augenblicklich ist in Düsseldorf alles ruhig; es wird nicht gestreift.

Eupen, 8. Juni. Die französische Besatzung wurde von belgischen Truppen abgelöst.

Berlin, 8. Juni. Von unverantwortlicher Seite wird behauptet, daß Reichswehrminister Noske durch ein Telegramm nach München die Erschießung Lepines gefordert habe. Das ist erfunden.

Berlin, 8. Juni. Der Proteststreik wegen der Erschießung Levinés fand nachm. sein Ende. Schon um 4 Uhr nahmen die Straßenbahnen den Dienst wieder auf. Irigendwelche Zwischenfälle während des Proteststreiks scheinen nicht vorgekommen zu sein. Nur auf dem Alexanderplatz fanden einige Ansammlungen statt, wobei Unabhängige betonten, dieser Streik, der so trefflich „geklappt“ habe, sei nur eine Generalprobe für den nächsten großen Schlag.

München, 9. Juni. Die Belohnung für die Ergreifung des Spartakidenführers Lewien ist von 10 000 auf 30 000 M. erhöht worden. Der ehemalige Polizeipräsident Koberl, der in den letzten Tagen totgeschlagen wurde, ist jetzt in Neu-Deetting verhaftet worden. Ferner wurde in Rosenheim der ehemalige Bahnhofscommandant Welsch verhaftet.

Amsterdam, 8. Juni. Das Allgemeine Handelsblad erfährt, daß die Gerichte über Vorbereitungen für die Rückkehr des früheren deutschen Kaisers nach Deutschland vollständig grundlos sind.

Dresden, 8. Juni. In Sachsen veranstalten Spartakiden und Unabhängige neue, auf den Sturz der Regierung gerichtete Umtriebe. Sie bearbeiteten namentlich die Bewohner der ländlichen Industriebezirke und der Kleinstädte. Eine Anzahl von Lokalfreikämpfern sind auf diese Maßnahmen zurückzuführen. Sie verdächtigen besonders die Regierung, daß sie die Sicherungstruppen auflöse und Bürgerliche und Studenten an deren Stelle setze.

Stockholm, 8. Juni. Der schwedische Erzbischof Söderblom hat der Friedenskonferenz in Versailles ein Schreiben zugehen lassen, das von dem Vorsitzenden der dänischen, holländischen, norwegischen und schwedischen Ausschüsse des „Weltbundes zur Versöhnung der Völker durch Kirchengemeinschaften“ und von anderen Ländern unterzeichnet ist. Das Schreiben bezeichnet als „unablässige Forderung des christlichen Weltgewissens, daß bei territorialen Verschiebungen, durch welche religiöse Minderheiten entstehen, diese in der Freiheit der Religion und des Unterrichts nicht eingeschränkt werden. Ferner wird verlangt, daß die jetzige Stellung der Missionen durch keinerlei Maßnahmen geschwächt und deren zukünftige Arbeit nicht gehemmt werden darf. Im Anschluß hieran wird vorgeschlagen, die Missionsfrage durch besondere Beratungen zu klären, wobei auch neutrale Sachverständige herangezogen werden sollen.

Widerspruchsvolle Nachrichten.

Verailles, 9. Juni. Widerspruchsvolle Nachrichten über das Wesen der gemachten Zugeständnisse füllen die Spalten der Pariser Blätter. Während das Echo de Paris abfällig die Anregung erwähnt, Deutschland mit der Verwaltung seiner Kolonien zu betrauen, meldet das Journal, der Ausschuß habe die entsprechenden deutschen Vorschläge bereits abgelehnt. Nach demselben Blatte dürfte sich die Beantwortung der Vorschläge über die Arbeit und die Freilassung der Kriegsgefangenen auf das bereits Gesagte beschränken. Beide Blätter bekämpfen lebhaft den Gedanken der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Noch unstritten scheint die Frage zu sein, ob ein fester Betrag des Schadenersatzes in dem Friedensvertrag anzugeben ist. Die Daily Mail verneint, der Pariser Herald bejaht die Frage, mit dem Bemerkten, Lloyd George bestrebe darauf, Clemenceau sei nicht abgeneigt. Die Franzosen hätten einen Betrag vorgeschlagen ohne Einrechnung der Schiffe, mit 5 v. H. Zinsen von den ausgeschobenen Zahlungen. Die Amerikaner hätten einen anderen Betrag ohne Zinsen vorgeschlagen, wobei die Briten mit ihnen einig seien. Die Chicago Tribune meldet, obgleich die Besetzung Rheinslands durch den Vertrag nicht abgelehrt werden sollte, würde die Zahl der von Deutschland zu unterhaltenden Verbandstruppen vermindert werden. Die Verbandsländer behielten sich jedoch das Recht vor, auf eigene Kosten darüber hinaus zu gehen. Allgemein heißt es in den Blättern, den Deutschen würde eine kürzeste Frist zur Annahme des veränderten Vertragsentwurfs gesetzt werden. Es werden bereits Mutmaßungen über Wilsons Heimreise laut. Die amerikanischen und britischen Vertreter, sagt die Chicago Tribune, glauben, Deutschland wird unterzeichnen, die Franzosen befürchten jedoch, der Feind könnte ablehnen. Mehrfach erwähnen die Blätter, nicht Hanjau oder die jetzige Regierung, sondern Erzberger oder eine andere Regierung werde den Friedensvertrag unterschreiben. Anscheinend will der Vierzerrat alle anderen Fragen zurückstellen bis nach Erledigung des neuen Entwurfs für Deutschland.

Graf Hanjau bei Kardinal von Hartmann.

Köln, 7. Juni. Graf Brockdorff-Hanjau ist gestern mittag kurz nach zwei Uhr mit dem D-Zug Paris-Köln hier eingetroffen. Mit demselben Zuge kehrte auch die vor einigen Tagen nach Versailles berufene rheinische Abordnung nach Köln zurück. Graf Brockdorff-Hanjau, der im Hotel Ditsch abgestiegen war, hatte gestern nachmittag zwischen drei und vier Uhr eine Besprechung mit Kardinal v. Hartmann und ist gestern abend sieben Uhr wieder nach Versailles zurückgekehrt.

Glühender Lorbeer.

Roman von A. Seyffert-Klinger.

14 (Nachdruck verboten)

5. Kapitel.

Daß sich alles leichter trägt, wenn man ein wohlgefülltes Portemonnaie in der Tasche hat, hat schon so mancher erfahren. Reinhold aber konnte den Druck, welcher mit Zentnerschwere auf ihm lastete, nicht loswerden.

Unstandlos hatte man ihm auf der Bank zwanzig Tausendmarkscheine ausgehändigt, fünf davon hatte er bei der Sparkasse eingezahlt.

Wie viele Annehmlichkeiten man sich mit fünfzehn solcher braunen Scheine, wie er sie noch in der Tasche trug, schaffen kann, daran dachte er nicht.

Was er vorhatte, nahm all seine Gedanken in Anspruch. Wenn es mißlang, stand es schlimm um ihn, wenn's gelang, noch schlimmer.

Aber dann kam es wie eine Kaserer über ihn. Er stürzte auf ein Auto los, warf sich hinein, nannte Lindens Adresse und befahl schnellste Fahrgeschwindigkeit.

Da trödelte er herum und verpaßte womöglich die gute Stunde. Hatte Linden nicht erzählt, daß die Signora bereits abgereist sei und ihr das Bild nachgeschickt werden müsse? Wenn er nun zu spät kam, das Bild schon fort war?

Eine wahnsinnige Angst, daß er das Nachsehen haben könne, packte ihn. Und selbstverständlich würde es so kommen.

Er begann, sich in den freudigsten Farben auszumalen, wie ein Gläd es für ihn gewesen wäre, wenn alles sich so gefügt hätte, wie seine Phantasie es ihm gezeigt. Aber natürlich handelte es sich um eine Bahndee, die sich nicht verwirklichen ließ.

Das Auto schien zu schleichen, doch nein, es war bereits am Ziel, es hielt.

Er zahlte und stand ein paar Minuten später vor dem Fabrikstuhl, der zum Atelier hinaufführte.

Herr Linden zu Hause?

Die bejahnende Antwort bewirkte, daß sein Herz wild zu klopfen begann. Eine unsichtbare Hand schien ihn zurückzutreiben. Aber er wäre nicht umgekehrt, und wenn man ihm als Strafe für sein Beginnen Höllepein prophezeit hätte.

Schon stand er vor der Ateliertür und zog die Klingel. Linden selbst öffnete.

„Ah, Reinhold — gut, daß du kommst. Meine Signora ist fertig bis auf den letzten Pinselstrich. Du kannst sie noch einmal sehen. Das Bild schien es dir ja angetan zu haben.“

Beeslow ließ sich schwer auf das harte, lederbezogene Kanapee fallen. Er sah bleich und krank aus. Der Schweiß stand in hellen Tropfen auf seiner Stirn, er trocknete das Gesicht mit dem seidnen Taschentuch und murmelte unverständliche Worte, wovon man nur das eine heraushörte:

„Gottlob — gottlob, noch nicht zu spät!“

Linden betrachtete ihn kopfschüttelnd, „du mußt dich nicht so maßlos aufregen, mein Junge. Die Nerven lassen sich das nicht ungestraft gefallen.“

„Du solltest nur in meiner Haut stecken, Felix. ... aber zur Sache!“ Er gab sich einen Ruck, es bedurfte einer ungeheuren Willensanstrengung, das Ungeheuerliche in Szene zu setzen, die Sprache versagte ihm nahezu den Dienst.

„Was ist nur geschehen?“ fragte Linden in ernster Sorge, „du bist ja rein außer dir!“

Beeslow zog seine Briefstasche hervor, nahm die braunen Scheine heraus und zählte sie auf den Tisch. „Der Ausländer hat dir zehntausend für das Bild geboten, hier sind fünfzehntausend; wenn es nicht reicht, fordere mehr! Aber verkaufe mir das Bild! Ich muß es haben, und erlaube, daß ich es für meine Arbeit ausbe.“

So, nun war es heraus. Erschöpft sank er an dem

zurück, seine Schläfen waren eingesunken, die Seiten wackelnd.

„Du bist wohl verrückt?“ schrie Linden, „daß du es wagst, mir eine solche Gemeinheit zuzumuten! Steh deinen Bettel nur wieder ein! Ich treibe keinen Bunker mit meinen Arbeiten. Das Lügen und Betrüben überlasse ich anderen Leuten, ich habe es nicht nötig, mich auf so lichtscheue Weise zu bereichern.“

Nun der Damm gebrochen, hatte Beeslow das Nergste überstanden. Eine steinerne Ruhe beherrschte ihn. Er kämpfte mit dem Mute der Verzweiflung, war auf alle Einwürfe des anderen vorbereitet, hatte für alle eine Antwort in Bereitschaft.

„Davon ist nicht die Rede,“ suchte er zu überzeugen, „es handelt sich nur darum, daß mir geholfen wird. Alle Welt ist darauf erpicht, ein Bild von mir zu sehen. Ich habe feins, folglich muß ich mir eins kaufen. Gottlob besitze ich die Mittel dazu. Ich habe meiner Frau vorgeschwindelt, daß ich bedeutende Schulden wegen dieses Bild verpfänden mußte. Sie gab die Tausende ohne weiteres her und wartet nun auf das Bild.“

„Wahnsinn! Und du konntest wirklich glauben, daß ich mich zu einem so ungeheuerlichen Betrug hergeben werde?“

„Aha! Jetzt setzt du dich aufs hohe Pferd, du falscher Freund! Wer ist denn schuld an meinem ganzen Elend? Wer hand meiner Frau auf, ich sei ein berühmter Maler? Das warst du, Felix Linden, und als ich mich weigerte, mich an dem falschen Känstler zu beteiligen, da fandest du Gründe genug, mich davon zu überzeugen, daß eine fromme Lüge erlaubt sei, und daß ich nichts Besseres tun könne, als die reiche Erbin zu heiraten.“

Linden warf scheue Blicke nach dem schönen, lebensvollen Porträt unter der grünen Hülle. „Mein Himmel, ich habe es so gut mit dir gemeint, Beeslow! Wie oft habtest du mir deine Not geklagt und behauptet, daß nur die engen, mißlichen Verhältnisse dich hinderten, Tätigtes zu leisten. Ich hielt es doch für selbstverständlich, daß du vor allen Dingen eine beachtenswerte Arbeit herausbringen würdest!“

(Fortsetzung folgt.)

Caag, 8. Juni. Newyork Herald meldet: Die Vertreter der Türkei werden sofort nach Unterschrist der Friedensverträge mit Bulgarien und Ungarn in Paris erwartet. Angeblich hat der Rat der Vier beschlossen, das türkische Reich in Kleinasien fortbestehen zu lassen, während die Türkei auf alle Rechte auf Konstantinopel verzichten muß. Die Internationalisierung von Konstantinopel unter Führung des Völkerbundes ist die Lösung, die der Rat der Vier am günstigsten aufgenommen hat.

Innsbruck, 9. Juni. Eine massenhaft besuchte allgemeine Wählerversammlung der deutschfreihheitlichen Partei Tirols nahm eine Entschließung gegen die Friedensbedingungen an, durch die auch Nordtirol zu einem lebensunfähigen Gebilde gemacht würde.

Paris, 9. Juni. Es wird gemeldet, daß gleich nach Unterzeichnung des Vertrags Wilson heimreisen und Soule, Lansing und White die Vertretung der Vereinigten Staaten überlassen werde, um mit den Oesterreichern, Türken und Bulgaren abzuschließen.

Berlin, 8. Juni. Auf die Anfrage des deutschnationalen Abg. Dr. Klingemann in der preussischen Landesversammlung über die Ausweisungen aus dem Saargebiet stellte eine von der Regierung ergangene Antwort die Ausweisung von 67 bürgerlichen Beamten, Oberlehrern, Direktoren usw. sowie von über 200 Bergleuten namentlich fest. Die Regierung weist ferner darauf hin, daß auf die bisherigen Proteste der Wassenstillstandskommission eine Antwort der Alliierten nicht erfolgt sei. Wegen der neuerlichen Ausweisungen sei die Kommission abermals angewiesen, Protest einzulegen und die Aufhebung der Ausweisungsbefehle zu verlangen.

Berlin, 8. Juni. Die unabhängige „Freiheit“ veröffentlicht den Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Wirtschaftslebens. In dem als geheim bezeichneten Entwurf wird, um das Recht auf Arbeit gegen unzulässige Angriffe zu sichern, die Einstellung der Arbeit im Wege des Streiks an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. So soll ein Schlichtungsverfahren vor einem Einigungsamt oder einem Schlichtungsausschuß zwingend sein. Außerdem soll nur dort die Arbeit niedergelegt werden dürfen, wo die Arbeiter es in geheimer Abstimmung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln ihrer Gesamtzahl beschließen. Auch die Aussperrung von Arbeitnehmern durch die Arbeitgeber soll nur nach Durchführung eines Schlichtungsverfahrens zulässig sein. Wer unter Verletzung dieser Vorschriften öffentlich zum Streik auffordert oder anreizt, oder wer bei Einseitigkeit oder Durchführung von Streiks als Führer oder Leiter mitwirkt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Die gleiche Strafe soll den treffen, die andere an der Aufnahme der Arbeit hindert. Wer schließlich die Leiter von wirtschaftlichen Betrieben in der rechtmäßigen Ausübung ihres Dienstes hindert, soll gleichfalls mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft werden. Außerdem soll die Polizeibehörde das Recht erhalten, Personen, die diese Vorschriften verletzen, festzunehmen und für die Dauer der Streikgefahr in Gewahrsam zu halten.

Berlin, 8. Juni. Der Gemeindeausschuß der preussischen Landesversammlung hat dem Hause den Beschluß unterbreitet, die Regierung zu ersuchen, sofort eine Gesetzesvorlage vorzulegen, durch welche die Defizitlosigkeit der Verhandlungen der Gemeindevertretungen und Antiversammlungen in Westfalen, sowie der Gemeinderäte und Bürgermeisterversammlungen in der Rheinprovinz eingeführt wird. Ferner hat der Gemeindeausschuß den Antrag angenommen, alle Bestimmungen in einzelnen Eingemeinungsverträgen über den Wohnsitz der Gemeindevorsteher innerhalb der Gemeinde für aufgehoben zu erklären.

Schneidemühl, 8. Juni. Mehrere Vertreter hervorragender englischer, amerikanischer und neutraler Zeitungen besuchten die Stadt Schneidemühl, die nach den Friedensbedingungen dem polnischen Staate zufallen soll. Die ein Lauffeuer hatte sich die Nachricht von dem Eintreffen der ausländischen Pressevertreter in der Stadt verbreitet. 14 bis 16 Tausend deutsche Männer und Frauen strömten zum Rathaus zu, in welchem die städtischen Behörden die Pressevertreter empfangen hatten, und nahmen auf dem neuen Markte Aufstellung. Nachdem der Oberbürgermeister Dr. Krause vom Balkon des Rathauses in ausdrücklichen Worten auf den Ernst der Stunde hingewiesen hatte, bekannte die versammelte Menge ihr Deutschland und schloß sich mit erhobener Rechten, niemals von Deutschland los zu wollen. Der Eindruck dieser machtvollen Kundgebung war gewaltig. Alle ausländischen Pressevertreter kamen sich ihr nicht entziehen.

Bern, 8. Juni. Hier nähern sich die Verhandlungen über die Gründung einer Warenaustauschzentrale für die Länder, deren Valutaverhältnisse eine Ausfuhr in der bisherigen Weise, unmöglich macht, also Deutschland, die Balkanländer und die Länder der ehemaligen habsburgischen Monarchie. Das Unternehmen ist als eine Genossenschaft gedacht. Die Zentrale soll auch die Transportverhältnisse regeln. Zur Uebernahme eines Stammkapitals sind wenigstens 2500 Franken erforderlich. Am 12. Juli findet die konstituierende Versammlung statt.

Bern, 8. Juni. In der schweizerischen Arbeiterbewegung macht sich wieder eine Gärung geltend. Es wird die Forderung der im Landesstreikprozess verurteilten Führer verlangt, und es ist, falls die Strafen vollstreckt werden, eine lebhafteste Protestbewegung zu erwarten.

Bern, 8. Juni. Der Nationalrat nahm die Fabrikgesetzvorlage, die die 48-Stunden-Woche einführen will, an. Das Gesetz enthält auch die Bestimmung, daß der Bundesrat durch einzelne Gesetze eine Wochenarbeitszeit von 51 bis 52 Stunden zulassen kann.

Paris, 10. Juni. Der Minister der öffentlichen Arbeiten erklärte dem „Petit Journal“ zufolge, daß die Eisen-

bahner ihre Forderungen vollständig durchgesetzt hätten. Der Nachmittagszug werde binnen kürzester Zeit durchgeführt werden.

Versailles, 9. Juni. Die Streiklage hat sich nicht geändert. Sie ist nach wie vor kritisch, umso mehr, als die Verhandlungen zwischen den Metallarbeitern und den Arbeitgebern gescheitert sind.

Berlin, 8. Juni. Aus Basel wird dem Lokalanzeiger telegraphisch berichtet, daß man in Prag die völlige Zahlungseinstellung Oesterreichs für Mitte Juli erwartet.

Wiener Neustadt, 8. Juni. Gestern sammelten sich bei Oedenburg in der Gegend zwischen Zinkendorf und Kollerhof ungefähr 4000 bewaffnete Bauern an, um einen gegenrevolutionären Putz auf die Räteregierung in Oedenburg auszuführen. Im Anmarsch auf Oedenburg stellte sich ihnen die inzwischen alarmierte Oedenburger Garnison, und zwar Infanterie mit Maschinengewehren und Artillerie, bei Zinkendorf entgegen, wo es zu einer blutigen Schlacht kam. Die gegenrevolutionären Bauern wurden zurückgeschlagen und in Kollerhof von den Rotgardisten eingeschlossen. Nach kurzer Belagerung wurde Kollerhof, welches heute in Flammen steht, von den Truppen der Räteregierung im Sturm genommen, und ein entsetzliches Blutbad angerichtet. Ueber das ganze Oedenburger Komitat wurde jetzt der Belagerungszustand verhängt und die Militärdiktatur verhängt.

Berlin, 8. Juni. Nach einer Warschauer Meldung hat die polnische Regierung im Landtage einen Gesetzesentwurf über Errichtung einer Staatsbank unter dem Namen Polnische Bank mit 100 Millionen polnischen Goldgulden Grundkapital eingebracht. Die Bank wird das ausschließliche Recht haben, Noten auszugeben.

Stockholm, 9. Juni. Folkets Dagblad führt nach einer russischen Information aus, die Sowjetregierung rechnet mit dem Fall Petersburgs, ohne daß dieser großen Einfluß auf die innere Stärke des Bolschewismus haben werde.

Newyork, 8. Juni. In Amerika ist in Aussicht gestellt worden, daß am Tage der Unterzeichnung des Friedensvertrages das Bahnsystem für Frankreich in Fortfall kommen soll. Die „Newyork Herald“ mitteilt, wird dann wahrscheinlich eine amerikanische Völkerwanderung nach Frankreich einsehen, um die Schlachtfelder zu besuchen. Die Kompanie Général Transatlantic bereitet sich schon für den Massenverkehr über den Ozean vor. Sie wird zunächst zwei Riesendampfer in den Dienst stellen.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 10. Juni.

! Die Pfingstfeiertage. Prangend in Schönheit und Fülle war dieses Jahr der Schmutz, den Flur und Wald angelegt, um den Menschen den rechten Namen für das rechte Pfingstfest zu bieten. Zwei schönen Tage waren es. „Der Himmel klar und feierlich, so ganz als wollt er öffnen sich.“ Was wunder also, wenn da Hunderte und Tausende die engen Räume des Hauses verlassen und hinauswanderten, um die Wunder der Natur zu schauen, den wachsenden Frühling mit dem verheißungsvollen Sommer vereint. Das prächtige Weiter lockte eine große Anzahl Fremden an den Rhein, wenn auch nicht in dem Maße wie in normalen Zeiten. Wo nur das Auge hinschaute, überall Gruppen von Spaziergängern, Touristen und Vereine, die sich ihre alljährliche Pfingstwanderung auch diesmal trotz der drückenden Schwüle nicht nehmen lassen wollten. Selbst ein, wenn auch schnell vorübergehendes Gewitter, das uns wohl etwas Regen, aber keine Abkühlung brachte, hatte auf das Leben und Treiben wenig Einfluß. Denn äußerst lebhaft war der Verkehr in der Stadt, am Rhein, in Flur und Wald, in und auf der Bahn. Auch unsere Jugend kam bei den in verschiedenen Lokalen veranstalteten Festlichkeiten nicht um ihr Pfingstergnügen. Kurz es waren Feiertage, geeignet, einen jeden auf seine Art zufrieden zu stellen und ihn für kurze Zeit die Sorgen des Alltags vergessen zu lassen.

! Der M. G. R. unternahm am 1. Pfingstfeiertag unter guter Beteiligung von Ehrenmitgliedern, Mitgliedern und Freunden des Vereins eine Wanderung über den Berg, Forstmühle nach Braubach.

! Diebstahl. Einem hiesigen Wirtbürger in der Ostallee wurde in der Nacht vom Pfingstamstag auf Sonntag der ganze Kaninchenbestand im Werte von 300 M gestohlen, darunter sehr wertvolle blaue Wiener Zuchttiere. Unbekümmert um die noch im Nest liegenden Jungen wurden die Alten weggenommen, sobald erstere dem Hungertode preisgegeben sind. Der oder die Täter haben wohl den Feiertagsbraten gesucht und gefunden. Wer über den Diebstahl etwas in Erfahrung bringt wird gebeten der Polizei Mitteilung zu machen.

! Neue Preisfestsetzungen für Kohlen und Koks. Wie bekannt, gelten die letzten Preiserhöhungen für Kohlen und Koks nur für die Monate Mai und Juni. Für die Zeit ab 1. Juli d. J. sollen neue Preisfestsetzungen erfolgen. Wie wir hören, hat man mit Wirkung vom genannten Tage ab an maßgebender Stelle eine Preiserhöhung von 5 M für die Tonne Kohle und 7 M für die Tonne Koks in Aussicht genommen. Das wird indessen aus Preisenkreisen als unzulänglich bezeichnet, indem hervorgehoben wird, daß zum Ausgleich der weiter gestiegenen Selbstkosten eine Erhöhung um je 10 M für die Tonne erforderlich sei.

! Raupenfraß. Man schreibt uns: „Wenn man jetzt überall die Baumgärten besieht, so muß man mit Bedauern wahrnehmen, wie wenig die Raupen vernichtet werden, und unsere Obsternte nicht allein für dieses, sondern auch schon für das nächste Jahr gefährdet ist. Ich denke soviel Interesse und Zeit müßte doch jeder haben, um die Raupen zu vernichten. Unsere Behörde setzt jährlich einen Zeitpunkt. Bis dahin müssen die Bäume abgeraupelt sein, aber dieser Aufforderung wird nur mit vielen Ausnahmen

folge geleistet. Hier wäre es doch wohl am Platze, wenn die Behörde nach der abgelaufenen Frist die Baumgärten nachsehen ließ und die Schwärme einer Strafe unterworfen würde.“

Niederlahnstein, den 10. Juni.

! Der Pfingstverkehr war in diesem Jahre äußerst reger. Eisenbahn und Straßenbahn konnten den Verkehr kaum bewältigen; zumal bei der Bahn keine Ferien- und Sonderzüge eingelegt waren. Recht viele Fremde hatte natürlich das herrliche Pfingstwetter angezogen die in erster Linie das Juwel unserer Stadt, das romantische Ruppertstal besuchten.

! Der Turnverein hielt am 2. Feiertag eine gut besuchte Generalversammlung ab.

! Kleintierzuchtverein. Am Fronleichnamsmittag 12 Uhr unternimmt der Verein einen Ausflug mit Familie nach Fröcht. Dortselbst finden Kinderbelustigungen usw. statt. Für allerlei sonstige Vergnügungen ist bestens Sorge getragen. Rückfahrt 1/2 8 Uhr, ab Friedrichsberg.

Braubach, den 10. Juni.

! Der Metallarbeiter-Verein wanderte am Pfingstmontag unter äußerst zahlreicher Beteiligung von jung und alt unter den Klängen einer leistungsfähigen Kapelle über den Rhip nach Lahnstein, wo man im „Deutschen Haus“ einige gemütliche Stunden verbrachte.

! Sport. Die 2. Mannschaft des Fußballvereins spielte am 1. Feiertag gegen die 2. Mannschaft des Fußball-Klubs Ems und siegte mit 6:1. Ein Spiel der beiden ersten Mannschaften wurde abgebrochen und wird später in Braubach ausgetragen werden.

a. Fröcht. Eine Unmenge von Fremden hat die zum erstenmale seit Kriegsbeginn abgehaltene Kirmes hierher gebracht. Das sonst so ruhige Dörfchen glied fast einer größeren Stadt. Auch diesmal ist die überall beliebte und besuchte Fröchter Kirmes ohne Zwischenfall verlaufen.

Aus Nah und Fern.

Frankfurt, 8. Juni. Entgegen den Beschlüssen der Räteregierung, die den Preis für ein Dreipfundbrot von 82 auf 95 Pfg. hinaufsetzte, hat der Magistrat den Brotpreis auf 90 Pfg. festgesetzt.

Aus den Weinbaugebieten, 8. Juni. Die Reben haben sich gut und gleichmäßig entwickelt. Allerdings zeigen sich in verschiedenen Gebieten die Heuermotten ziemlich stark. Auch wird das Austreten des Rebstichlers von verschiedenen Seiten gemeldet. Im Weingeschäft herrscht nicht überall Leben, doch zeigt sich im allgemeinen rege Nachfrage. Im Rheingau haben die großen Weinversteigerungen vorzüglich abgeschlossen.

Mainz, 8. Juni. Leichenfund. Aus dem Rhein wurde hier ein Paket aufgefischt, aus dessen unterem Ende zwei Kindesleichen hervorsahen. Als man das Paket öffnete, entdeckte man die Leiche eines etwa acht Tage alten Kindes, das in einem alten Sack eingewickelt war. Der Kopf des kleinen Wesens war mit dem Sackstoffe vollständig zugemauert.

Pfaffendorf, 9. Juni. Verschiedene Manjarden-eindrücke wurden hier verübt, wobei den Dieben Geld und sonstige kleinere Sachen in die Finger fielen. Sie durchwühlten und erbrachen fast alles, wodurch sie den Schaden erhöhten.

Düsseldorf, 8. Juni. Die Oberbürgermeisterfrage. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß die Oberbürgermeisterfrage hier eine unerwartete Lösung findet. Oberbürgermeister Dr. Dehler fordert bekanntlich die Fortzahlung seiner gesamten Bezüge bis zum Jahre 1923 und dann das ihm zustehende Ruhegehalt. Ein Teil der Stadtverordneten will ihm dagegen auch bis zum Jahre 1923 nur Bezüge nach dem Ruhegehalt bewilligen. Nach den Verhandlungen in der Kommission scheint es nicht ausgeschlossen, daß sich eine Mehrheit für die Weiterführung der Bezüge durch den Oberbürgermeister Dr. Dehler findet, wenn er keine Gehaltsforderungen bis 1923 aufrecht erhalten sollte.

Essen, 8. Juni. Die durchschnittliche Tagesförderung im Ruhrbezirk ist auf rund 225 000 Tonnen, die Waggengstellung auf durchschnittlich 17 000 Wagen gestiegen. Seit Mitte voriger Woche ist kein Wagenmangel mehr aufgetreten. Die Nachfrage nach Brennstoffen ist nach wie vor äußerst rege.

Wesel, 8. Juni. In der letzten Sitzung des Kreistages des Kreises Rees fanden u. a. die Wahlen zum Kreis-Ausschuß auf Grund von Wahlvorschlägen nach dem Verhältniswahlssystem statt. Diese ergaben eine Zusammenfassung des Preisausschusses bei 34 Abgeordneten von 22 Zentrum, 8 deutsche Volkspartei, 2 Deutsch-Demokr. und 2 Sozialdemokraten.

Augsburg, 8. Juni. Eine schwere Schädigung der bayerischen Volksernährung bildet die Zunahme der Wildfrevel. Innerhalb der letzten Monate wurden 70 Forstbeamte und Förster in der Ausübung ihres Dienstes erschossen. Die Wildbestände Bayerns haben sich derart vermindert, daß der Wildbestand auf ein Zehntel des früheren zusammengekommen ist.

Dresden, 8. Juni. Der Direktor der Dresdner Privatbank Kurt v. Meyß ist in den Bankräumen von einem unbekanntem Täter durch Messerschläge ermordet worden.

Berlin, 8. Juni. In Breslau verstarb der Geh. Sanitätsrat Dr. Theodor Döplitz, der Vorsitzende der deutschen Turnerschaft und langjähriger Vertreter des zweiten deutschen Turnkreises.

Mors, 8. Juni. Die Strafe für Beschädigung eines seltsamen Postens. In der vergangenen Woche wurden auf

amen belgischen Posten mehrere Schiffe abgegeben. Da es nicht gelang, den Schützen ausfindig zu machen, wurde von der Besatzung bestimmt, daß die Stadt entweder 80 000 M Buße zahlen soll, oder aber, daß der Verkehr dauernd von 8 Uhr abends an gesperrt wird.

Haag, 8. Juni. Das Korrespondenzbüro meldet amtlich: Bei dem Ausbruch des Vulkanes Kloet sind ungefähr 5000 Menschen umgekommen.

Haag, 8. Juni. Nach einer Meldung aus Philadelphia ist in einem Tunnel ein Eisenbahnzug entgleist, der Minenarbeiter und einige Wagen Dynamit nach einem Bergwerk führen sollte. Es kam zu einer Entladung, wobei wenigstens 70, wahrscheinlich sogar 100 Personen ums Leben gekommen sind.

Amersterdam, 8. Juni. Einer Neutermeldung aus Wilkesbarre (Pennsylvanien) zufolge wurden dort bei einem Bergwerkunglück 75 Bergarbeiter getötet und 100 Verletzt.

Turin, 8. Juni. Die hiesigen Flugzeugfabriken sind durch Feuer zerstört worden. Man schätzt den Schaden auf 450 000 Lire.

Bekanntmachung.

1. Gemäß Kr. M. v. 15. 5. 19. Nr. 5898/4. 19 B. 4 ist den, vor dem 9. Nov. 1918 entlassenen Kriegsbeschädigten eine einmalige Zuwendung von 50 M bewilligt worden. Die Auszahlung des Betrages erfolgt durch das Kontrollamt und zwar nur auf Antrag des Kriegsbeschädigten. Die Anträge können schriftlich oder mündlich beim Kontrollamt (Zimmer 8) unter Vorlage des Passes und Renten-Quittungsbuches gestellt werden.

Unter „Kriegsbeschädigten“ sind hier die Militärpersonen vom Feldwebel abwärts zu verstehen, denen auf Grund einer während des Krieges erlittenen Gesundheitsstörung (ohne Rücksicht darauf, ob diese als Dienstbeschädigung oder Kriegsdienstbeschädigung anerkannt worden ist) Versorgungsgebühren bewilligt worden sind.

2. Alle seit dem 9. 11. 18 Entlassenen, denen die Entlassungsgebühren bisher garnicht oder nur teilweise gezahlt worden sind, werden nunmehr beschleunigt abgefunden. Die in Frage kommenden Personen können ihre Ansprüche schriftlich oder mündlich beim Kontrollamt (Zimmer 8) unter Beifügung der sämtlichen Militärpapiere anmelden. Einwandfreie Forderungen werden sofort befriedigt, während nicht einwandfreie zur Vermeidung von Doppelzahlungen den betr. Truppenteilen zur Prüfung zugeleitet und erst später gezahlt werden.

Die Militärpapiere (Paß, Entlassungsschein, Soldbuch) müssen den Anmeldungen unbedingt beigelegt werden, da ohne diese die Zahlung nicht erfolgen kann.

Dienststunden des Kontrollamts an Werktagen von 8—12 Uhr und von 2—5,30 Uhr, Sonntags von 8—1 Uhr.

Oberlahnstein, den 6. Juni 1919. 881] Kontrollamt.

Alle Diejenigen,

welche im Monat April d. J. Pferde in Einquartierung hatten, wollen dieses im Laufe der nächsten Woche bis spätestens Donnerstag, den 12. d. Mts. vormittags auf dem Rathaus Zimmer 1 in die Liste eintragen lassen. Oberlahnstein, den 7. Juni 1919. Der Magistrat.

Die Gewerbesteuerrollen

der Klassen III und IV für das Steuerjahr 1919 liegen vom 6. Juni 1919 ab 8 Tage lang auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8, zur Einsicht der Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks offen.

Oberlahnstein, den 5. Juni 1919. Der Magistrat. J. W.: Fohr, Beigeordneter.

Diejenigen, welche im Monat Mai Einquartierung geleistet haben und Anspruch auf Quartiergeld erheben, wollen dieses im Laufe dieser Woche bis spätestens Samstag, den 14. d. Mts. unter Vorlage des Quartierzettels auf Zimmer 1 Rathaus eintragen lassen. Oberlahnstein, den 10. Juni 1919. Der Magistrat.

Ein Geldschein

als Fundsache hier abgegeben worden. Oberlahnstein, den 7. Juni 1919. Die Polizeiverwaltung.

Die Besitzer,

welche gewillt sind Luzernklee oder Rotklee zum Preise von

4 M. für 100 kg ab Platz und 6 „ für 100 „ ab Lager

bis zu einer Menge von 10 000 kg zu verkaufen, wollen sich an den Herrn Kommandanten des P. A. D. 18 Oberlahnstein, Adolfsstraße 9b wenden. (800)

Die Gemeindesteuerverliste

für das Steuerjahr 1919, enthaltend die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 900 Mark liegt vom 5. Juni 1919 ab 14 Tage lang zur Einsicht der Steuerpflichtigen auf dem Rathaus Zimmer Nr. 2 während den Bürostunden offen.

Gegen die Veranlagung steht den Steuerpflichtigen das Rechtsmittel des Einspruchs an den Herrn Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission in St. Goarshausen binnen einer Ausschlussfrist von 4 Wochen mit Ablauf der Offenlagefrist gerechnet, zu. Niederlahnstein, den 3. Juni 1919. Der Magistrat R a d y.

Nachruf.

Am 6. Juni verschied zu Oberlahnstein unser langjähriges Mitglied

Herr Johannes Thiel

kaufm. Beamter bei der Firma Gause, Godel & Co., G. m. b. H. Wir verkünden in dem Entschlafenen ein pflichttreues, eifriges Mitglied der durch seinen Eifer und seine unermüdbliche Tätigkeit für die Interessen des Vereins vorbildlich wirkte. Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren erhalten bleiben.

Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren erhalten bleiben. Rath. kaufm. Verein „Union“ Lahnsstein. 1919

Statt Karten!

Gustel Ritter
Ferdinand de la Haye
Verlobte

— Pfingsten 1919 —

Wiesbaden Aukamm Niederlahnstein 1905

Reparaturen und Umbauten an Maschinen aller Art, Lokomobilen, Zugmaschinen, Lastautomobilen, Dampfmaschinen, Dampfpflanzwagen, stat. Dampfmaschinen, Pumpen, Fahrzeugen. Wacht auf Grund langjähriger Erfahrungen in besteingerichteten Werkstätten aus Strassenwalzenbetrieb vorm. H. Reitenrath G. m. b. H. — Niederlahnstein. —

1 Waggon Einmachtpöffe eingetroffen und empfiehlt geneigter Abnahme **Firma Georg Klein** Sub. Frau C. Colonius Wwe., St. Goarshausen. — Telefon-Nr. 3. —

Stroh- und Basthüte für kleinere Mädchen und Knaben in hübschen Formen u. guten Qualitäten von 2.40 bis 5 M. per Stück **Rudolf Neuhaus,** Braubach a. Rh.

Nic. Stang, Boppard a. Rh. Elektrische Licht- u. Kraftanlagen. Beleuchtungskörper, Motore. 1919

Jeder Raucher kann es lassen ob alt oder jung, welcher mit diesem Laster behaftet ist Sie sparen Ihr Geld; daher werden Sie unser bewährtes „Nobin“, welches durch zahlr. Dankschreib. empfohlen wird. Preis M. 4, Nachm. 45 Pf. Deutsch u. Co., Neudöln, Raif. Friedr. 267

Strümpfe! Im Neu- und Anstricken sowie im Anfertigen von Beinlängen empfiehlt sich Frau Mich. Kunz, Hafenstraße 8 Frau Peter Bender, Hintermurgasse 43. — Vertretung in Maschinenkriecherei. —

Achtung!  **Schwarzer, deutscher Schäferhund** mit brauner Schnauze und braunen Füßen am 29. Mai abends abhanden gekommen. Name Tell Wiederbringer erhält gute Belohnung. **Isachim Henrich, Reichenberg (Kreis St. Goarshausen)**

Große **Bollheringe** per Stück 90 Pfennig empfiehlt **D. Tollo.**

Bast in guter harter Ware. **Kupfervitriol** 98,99%, Sarger **la. Schwefel** sofort greifbar auf Lager für Wiedervertäufung **Kalkfels & Emsbach, Coblenz** Gasthofpassstr. 7. — Fernsprecher 200. —

Rath. Dienstmädchen mit guten Zeugnissen versehen, gegen hohen Lohn bei Familie (1 Kind) sofort gesucht. Gute Behandlung. **Frau Franz Hesse, Coblenz, Hohenzollernstr. 9 b.**

 Ein aus Versehen aufgestellter weißer **Plattkopf Saanen-Ziegenbock**

steht zum Verkauf bei **August Kratz 2r,** Buch bei Maststätten. **M. Sonntags bin ich nicht zu Hause.**

Metallformer und Gießer für dauernde Arbeit gesucht. **Fabrik Rehler, D. Lahnsstein.**

Junger Mann vom Lande sofort bei gutem Lohn gesucht. Unterkunft im Hause. **And. Thomas, Sägerweil Braubach.**

Kräftiger Junge von auswärts in die Lehre gesucht. **Mech. Schreineri und Mascherei Hermann Weiland II. Oberlahnstein.**

Zum sofortigen Eintritt **tüchtig. Mädchen** gegen hohen Lohn gesucht. Gute Kost und gute Behandlung zugesichert. **Zu erst. i. d. Geschäftsst. 1860**

Ordentliches Mädchen für alle Hausarbeit sofort gesucht. **Frau Dr. Bruhns, Singhofen b. Nassau/Lahn.**

Suche per bald in kleinem Haushalt nach Oberwesel gegen guten Lohn ein tüchtiges älteres **Hausmädchen,** das die Hausarbeit perfekt versteht und Kochen kann. Vergleichen suche ein **Zweitmädchen,** das Liebe zu Kindern hat. 1911 Angebote a. d. Geschäftsstelle dies. Blattes.

Sehr gut erhaltener Hausbackofen von Maas-Weisenheim. Gr. 65x100x130 cm, zu verkaufen. Preis 225 Mark. **Goshr. 8, Oberlahnstein.**

Mineralien-sammlung (Kristallisiert) zu verkaufen **Adami, Adolfsstraße 109 1895**

Schwere frischem. Fahrkuh zu verkaufen mit od. ohne Paß bei **Philipp Jakob 3, Gimmighofen**

Starke Papierkordel in großen Knäueln zu 26 u. 30 Pfg. empfiehlt **Papierhaus Ed Schökel**

Josef Howel, Beerdigungsinstitut. N. Lahnsstein, Kirchstraße

 — Trauerdecoration — Uebernahme ganzer Beerdigungen Transporte nach u. von Ausland

Wohnung auf dem Lande bei St. Goarshausen, 2—3 Zimmer, Kleinstall und Gartenland, Bahnstation, zu vermieten. **Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.**

Heiß-Bringer neu, (Friedensqualität) zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle.

Ein leichter Ruhwagen zu verkaufen **N. Lahnsstein, Emserstraße 9b**

Gebrauchte Schreibmaschine (Underwood, Continental, etc.) (edeb) zu kaufen gesucht. **Reise-Schreibmaschine** zu verkaufen. **Lahnsteiner Tageblatt.**

Heller Herrenhut in Riewern verloren. Gegen Belohnung bei **Gross** in Riewern abzugeben.

Ein Gebund Sammel in der Nähe der Grenzlinie verloren. Wiederbringer erhält Belohnung **Gochstraße 37.**

Sehen Sie nach ob Ihr Vorrat an Drucksachen zur Neige geht. Stellen Sie zeitig, damit die Druckerei Zeit hat, Ihren Auftrag sorgfältig auszuführen. **Buchdr. Franz Schökel, Imb. Pr. Nehr.**